



Terrorismuswatch | #terrorism_watch
www.terrorismuswatch.de
buero@terrorismuswatch.de

TERRORISMUSBEDROHUNG SALOMONEN



Die Salomonen weisen bislang keine Anschläge oder Operationen von Organisationen auf, die nach international anerkannten Standards als terroristische Gruppen eingestuft werden. Die sicherheitsrelevanten Gewaltereignisse, die die jüngere Geschichte des Landes geprägt haben, sind vielmehr dem Bereich ethnisch-politischer Gewalt und innerstaatlicher bewaffneter Konflikte zuzuordnen und nicht dem organisierten internationalen oder dschihadistischen Terrorismus.

Der prägendste Sicherheitskonflikt des Landes war die sogenannte Tensions-Periode von 1998 bis 2003. Während dieses Zeitraums kontrollierten zwei bewaffnete Milizen weite Teile des Landes: die "Isatabu Freedom Movement", auch bekannt als "Guadalcanal Revolutionary Army", welche die Interessen der einheimischen Bevölkerung Guadalcanals vertrat, sowie die "Malaitan Eagle Force", die die Interessen der auf Guadalcanal lebenden malaitanischen Bevölkerung verfolgte. Beide Gruppierungen verübten Angriffe auf Zivilpersonen und Sicherheitskräfte, führten Entführungen durch, begingen Tötungsdelikte und nutzten Einschüchterung sowie bewaffnete Gewalt zur Kontrolle von Territorien. In dieser Phase brach die staatliche Ordnung weitgehend zusammen, wobei Teile der Royal Solomon Islands Police Force selbst mit den Milizen kooperierten beziehungsweise als Milizionäre agierten.

Obwohl diese Strukturen Merkmale politisch motivierter nichtstaatlicher Gewalt aufwiesen, werden sie sowohl in der wissenschaftlichen Literatur als auch in behördlichen Bewertungen überwiegend als Ausdruck eines innerstaatlichen ethnischen Konflikts und nicht als Terrorismus im engeren beziehungsweise technischen Sinne eingeordnet.

Auch die schweren Unruhen in der Hauptstadt Honiara im Jahr 2021 führten zu erheblichen Sachschäden sowie mehreren Todesopfern. Dennoch werden auch diese Ereignisse überwiegend als politisch und sozial motivierte Ausschreitungen bewertet und nicht als terroristische Anschläge klassifiziert.

Aktuelle Bedrohungslage

Die gegenwärtige Bedrohungslage durch organisierten Terrorismus auf den Salomonen ist nach dem aktuellen Stand der verfügbaren Erkenntnisse als sehr gering einzustufen. Internationale Sicherheitsbehörden sowie staatliche Stellen verschiedener Länder bewerten das Terrorismusrisiko übereinstimmend als niedrig beziehungsweise vernachlässigbar.

Derzeit existieren weder dokumentierte aktive Terrorzellen noch Hinweise auf eine operative Präsenz transnationaler Terrororganisationen oder auf konkrete Anschlagplanungen innerhalb des Landes. So bewertet beispielsweise die schwedische Botschaft das Terrorismusrisiko als niedrig, empfiehlt jedoch weiterhin allgemeine Wachsamkeit. Auch die japanische Regierung stellt fest, dass bislang keine terroristischen Vorfälle bestätigt wurden und keine Hinweise auf Aktivitäten terroristischer Organisationen vorliegen. Reisehinweise weiterer Staaten weisen zwar darauf hin, dass ein Terrorismusrisiko grundsätzlich niemals vollständig ausgeschlossen werden kann, benennen jedoch keine konkreten Bedrohungslagen oder aktiven Gruppierungen.

Die Sicherheitsarchitektur der Salomonen ist daher nicht auf die Abwehr internationaler Terrororganisationen ausgerichtet. Im Mittelpunkt stehen vielmehr die Aufrechterhaltung der

öffentlichen Ordnung, die Bewältigung innenpolitischer Spannungen sowie der Schutz der Landesgrenzen. Die Royal Solomon Islands Police Force verfügt über keine eigenständige Anti-Terror-Einheit, was den Befund einer insgesamt sehr geringen operativen Terrorismusbedrohung zusätzlich unterstreicht. Ebenso existiert kein eigenständiger, umfassend ausgebauter Inlandsgeheimdienst oder militärisch geprägter Anti-Terror-Apparat. Stattdessen basiert das Sicherheitsmodell auf polizeilichen Strukturen, ministerieller Steuerung, internationaler Unterstützung und einer situativen Krisenreaktion.

Bekannte Gruppen und transnationale Bedrohungen

Auf den Salomonen sind gegenwärtig keine aktiven terroristischen Organisationen mit nachgewiesener Präsenz dokumentiert. Die Milizstrukturen der Tensions-Periode, insbesondere die "Isatabu Freedom Movement" und die "Malaitan Eagle Force", wurden im Rahmen der RAMSI-Mission ab dem Jahr 2003 entwapfnet und aufgelöst. Der Anführer der guadalcanalischen Miliz, Harold Keke, ergab sich am 13. August 2003 friedlich dem RAMSI-Sonderkoordinator. Der Anführer der "Malaitan Eagle Force", Jimmy „Rasta“ Lusibaea, wurde am 15. Oktober 2003 festgenommen. Nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand existieren beide Gruppierungen nicht mehr als operative bewapfnete Organisationen.

Auch hinsichtlich transnationaler Bedrohungen liegen keine Hinweise darauf vor, dass die Salomonen als Operationsbasis, Transitroute oder Finanzierungsstandort für international bekannte Terrororganisationen wie al-Qaida, den "Islamischen Staat" (IS) oder deren regionale Ableger genutzt werden.

Internationale Sicherheitsbehörden verfügen bislang über keine belastbaren Erkenntnisse zu operativen Strukturen, Ausbildungslagern oder logistischen Netzwerken terroristischer Organisationen auf salomonischem Staatsgebiet.

Die geografische Lage der Salomonen im südwestlichen Pazifik sowie die sehr geringe muslimische Bevölkerungsgruppe verringern die strategische Attraktivität des Landes als Operationsraum für transnationale dschihadistische Organisationen zusätzlich.

Als tatsächliche transnationale Sicherheitsbedrohungen nennt die Nationale Sicherheitsstrategie hingegen Delikte wie Schmuggel, Waffenhandel, Produktfälschungen, Wildtierkriminalität und Entführungen. Diese Phänomene sind jedoch der transnationalen organisierten Kriminalität und nicht dem Terrorismus zuzuordnen.

Darüber hinaus warnt das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) davor, dass die Pazifikinselstaaten zunehmend als Rückzugs- und Operationsräume internationaler krimineller Netzwerke genutzt werden könnten. Genannt werden unter anderem Drogenkartelle aus Amerika, Outlaw-Motorradbanden aus Australien und Neuseeland sowie organisierte asiatische Verbrechergruppen. Diese Entwicklung stellt eine wachsende Herausforderung für die isolierten und wirtschaftlich verwundbaren Inselstaaten dar, betrifft jedoch ebenfalls den Bereich der organisierten Kriminalität und nicht den Terrorismus.

Spezifische Risiken

Obwohl derzeit keine konkrete terroristische Bedrohung für die Salomonen dokumentiert ist, lassen sich aus der bestehenden Sicherheitsarchitektur des Landes sowie aus den regionalen geopolitischen Rahmenbedingungen potenzielle Zielobjekte identifizieren, die im Falle einer veränderten Bedrohungslage in den Fokus terroristischer oder politisch motivierter Gewalt rücken könnten.

Zu den vorrangigen Zielobjekten zählen staatliche Einrichtungen in der Hauptstadt Honiara, insbesondere das Parlamentsgebäude und die Ministerien, da sie die staatliche Autorität und politische Führung des Landes symbolisieren. Ebenso gelten Botschaften und diplomatische Vertretungen ausländischer Staaten als potenzielle Angriffsziele, insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden geopolitischen Rivalität zwischen Australien und China, die sich zunehmend auch auf salomonischem Territorium widerspiegelt.

Darüber hinaus könnte ausländische Infrastruktur, insbesondere die von Huawei errichteten Telekommunikationsanlagen sowie chinesische Investitions- und Infrastrukturprojekte, im Falle einer Verschärfung geopolitischer Spannungen zu potenziellen Zielobjekten staatlich gesteuerter oder ideologisch motivierter Gewalt werden.

Auch kritische Infrastruktur besitzt aufgrund ihrer zentralen Bedeutung für die Funktionsfähigkeit des Inselstaates eine besondere Schutzbedürftigkeit. Hierzu zählen insbesondere

Hafenanlagen, Energieversorgungseinrichtungen sowie Kommunikationsverbindungen zwischen den einzelnen Inseln. Aufgrund der geografischen Struktur des Archipels würde ein Ausfall dieser Einrichtungen erhebliche Auswirkungen auf Versorgung, Mobilität und staatliches Handeln haben.

Eine besondere sicherheitspolitische Bedeutung kommt zudem dem Henderson International Airport bei Honiara zu. Als einziger internationaler Verkehrsflughafen des Landes besitzt er sowohl eine hohe infrastrukturelle als auch symbolische Relevanz.

Darüber hinaus gelten – entsprechend internationaler Erfahrungen im Bereich des Terrorismus – Orte mit großen Menschenansammlungen grundsätzlich als potenzielle Anschlagziele. Hierzu zählen insbesondere touristische Einrichtungen sowie von ausländischen Staatsangehörigen frequentierte Orte, auf die auch mehrere internationale Reisehinweise allgemein Bezug nehmen.

Für keine dieser Zielkategorien liegen derzeit jedoch belastbare Hinweise auf konkrete Bedrohungen oder Anschlagplanungen vor.

Unabhängig von einer möglichen Terrorismusbedrohung besteht ein eigenständiges Sicherheitsrisiko durch nicht detonierte Kampfmittel aus dem Zweiten Weltkrieg. Diese befinden sich noch immer in verschiedenen Landesteilen und stellen eine erhebliche Gefahr für die Bevölkerung dar, stehen jedoch in keinem Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten.

Anschlagsarten

Ausgehend von den strukturellen Gegebenheiten der Salomonen, den vorhandenen Sicherheitskapazitäten sowie den bisherigen Gewalterfahrungen lassen sich im Falle einer zukünftigen terroristischen Bedrohung vor allem niedrigschwellige Anschlagsszenarien als wahrscheinlich einstufen.

Seit dem Ende der Tensions-Periode unterliegt der Waffenbesitz strengen gesetzlichen Regelungen. Im Rahmen der RAMSI-Mission wurden rund 2.627 Schusswaffen sowie 6.561 Munitionseinheiten eingezogen und vernichtet. Darüber hinaus wurden während der landesweiten Waffenamnestie insgesamt 3.730 Waffen abgegeben. Die dadurch deutlich reduzierte Verfügbarkeit automatischer Schusswaffen verringert die Wahrscheinlichkeit komplexer bewaffneter Anschläge nach westlichem Vorbild erheblich.

Da bislang keine aktiven terroristischen Strukturen auf den Salomonen bestehen, existieren auch keine charakteristischen oder wiederkehrenden Anschlagsmuster. Theoretisch denkbare Vorgehensweisen wären Angriffe mit einfachen Tatmitteln, Brandstiftung, der Einsatz improvisierter Sprengvorrichtungen, Angriffe auf Menschenansammlungen oder Fahrzeugangriffe.

Gleichzeitig befinden sich in verschiedenen Regionen des Landes weiterhin erhebliche Mengen nicht detonierter Munition und Kampfmittel aus dem Zweiten Weltkrieg. Diese könnten grundsätzlich als Ausgangsmaterial für improvisierte Sprengvorrichtungen missbraucht werden. Konkrete Hinweise auf entsprechende Planungen oder Vorbereitungen liegen gegenwärtig jedoch nicht vor.

Die bisherigen sicherheitsrelevanten Ereignisse zeigen vielmehr, dass sich Gewalthandlungen im Zusammenhang mit politischen Unruhen überwiegend in Form spontaner Ausschreitungen, Straßensperren, Plünderungen, Brandstiftungen oder Vandalismus äußern. Diese Erscheinungsformen wurden insbesondere während der Unruhen in Honiara im Jahr 2021 beobachtet und unterscheiden sich deutlich von typischen terroristischen Anschlagsmustern.

Städtische und ländliche Differenzierung

Hinsichtlich der geografischen Verteilung potenzieller Sicherheitsrisiken bestehen deutliche Unterschiede zwischen der Hauptstadt Honiara und den ländlichen beziehungsweise abgelegenen Inselregionen.

Als einziges größeres urbanes Zentrum des Landes verfügt Honiara über die höchste Konzentration staatlicher Einrichtungen, diplomatischer Vertretungen, wirtschaftlicher Infrastruktur sowie internationaler Präsenz. Aufgrund der höheren Bevölkerungsdichte und der politischen Bedeutung der Hauptstadt weist sie das höchste Risikopotenzial für Demonstrationen, Ausschreitungen oder politisch motivierte Gewalthandlungen auf.

Dies zeigte sich bereits während der Unruhen im Jahr 2021, die sich weitgehend auf Honiara konzentrierten. Besonders betroffen war der Stadtteil Chinatown, in dem zahlreiche Geschäfte und Gebäude geplündert und in Brand gesetzt wurden.

Auf den Inseln Guadalcanal und Malaita werden hingegen vor allem lokale Spannungen, vereinzelte kriminelle Übergriffe

sowie eine begrenzte staatliche Sicherheitspräsenz beschrieben.

Ländliche und abgelegene Regionen sind vor allem durch eine eingeschränkte staatliche Handlungsfähigkeit und eine geringe Polizeipräsenz gekennzeichnet. Mit rund 1.500 Polizeibeamten für ein Archipel aus mehr als 900 Inseln ist die Royal Solomon Islands Police Force strukturell nicht in der Lage, eine flächendeckende Sicherheitspräsenz sicherzustellen.

Diese Regionen sind daher zwar aus Sicht staatlicher Sicherheitsbehörden schwer zu überwachen, stellen aufgrund ihrer geringen Bevölkerungsdichte, der begrenzten Infrastruktur und der fehlenden medialen Aufmerksamkeit jedoch keine attraktiven Anschlagstiele für terroristische Akteure dar, die auf eine möglichst große öffentliche Wirkung abzielen.

Hinzu kommt, dass die geografische Isolation vieler Inseln sowie die starke Kontrolle lokaler Gemeinschaften über Grund und Boden im Rahmen des traditionellen Kastom-Rechts den Zugang für externe Akteure erheblich erschweren. Sicherheitsrelevante Herausforderungen in den ländlichen Regionen ergeben sich daher überwiegend aus organisierter Kriminalität, lokalen Konflikten oder einer schwachen staatlichen Präsenz und nicht aus einer terroristischen Bedrohung.

Rückkehrer und radikalisierte Personen

Für die Salomonen liegen nach dem derzeitigen Stand der verfügbaren Quellen keine Hinweise auf systematische Rekrutierungsaktivitäten transnationaler terroristischer Organisationen vor. Ebenso existieren keine belastbaren Anzeichen für eine religiös oder ideologisch motivierte Radikalisierung, die über lokale ethnisch-politische Loyalitäten hinausgeht.

Die Bevölkerung der Salomonen ist überwiegend christlich. Daneben besteht lediglich eine sehr kleine muslimische Minderheit, für die keinerlei Verbindungen zu radikal-islamistischen Netzwerken dokumentiert sind. Entsprechend spielen islamistische oder andere extremistische Strömungen im nationalen Sicherheitskontext gegenwärtig keine relevante Rolle.

Die Nationale Risikobewertung zu Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung von 2017 weist darauf hin, dass es seit 1999 vereinzelte Fälle hausgemachter terroristischer Aktivitäten gegeben habe. Diese seien jedoch von den Sicherheitsbehörden frühzeitig erkannt und rasch unter Kontrolle gebracht worden.

Gleichzeitig benennt die National Security Strategy 2025 mehrere strukturelle Faktoren, die langfristig Radikalisierungsprozesse begünstigen könnten. Hierzu zählen insbesondere Armut, Arbeitslosigkeit sowie ein eingeschränkter Zugang zu Bildung. Vor allem die hohe Jugendarbeitslosigkeit wird als potenzieller Nährboden für Radikalisierung betrachtet, da fehlende wirtschaftliche

Perspektiven die gesellschaftliche Unzufriedenheit erhöhen können.

Darüber hinaus bewertet die Strategie die zunehmende Nutzung sozialer Medien als wachsenden Verbreitungsweg extremistischer Propaganda und möglicher Radikalisierungsprozesse. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, die Prävention von gewalttätigem Extremismus sowie die Bekämpfung extremistischer Inhalte im digitalen Raum künftig stärker zu priorisieren.

Strukturierte nationale Deradikalisierungsprogramme nach dem Vorbild westlicher Countering Violent Extremism (CVE)-Programme bestehen bislang nicht. Dies spiegelt zugleich die bislang sehr geringe Bedeutung einer aktiven Heimradikalisierung auf den Salomonen wider.

Darüber hinaus wirken mehrere strukturelle Faktoren risikomindernd. Die geringe Bevölkerungszahl, die geografische Isolation des Inselstaates sowie das Fehlen etablierter extremistischer Milieus erschweren die Entstehung organisierter Radikalisierungsprozesse erheblich. Gleichwohl beobachten die Sicherheitsbehörden der Pazifikregion – wie zahlreiche Staaten weltweit – die Möglichkeit individueller Online-Radikalisierung. Für die Salomonen bestehen derzeit jedoch keine Hinweise auf eine hieraus resultierende erhöhte Bedrohungslage.

Rückkehrer aus Konfliktgebieten

Für die Salomonen sind nach den verfügbaren Quellen keine Fälle bekannt, in denen Personen aus dschihadistischen Konfliktgebieten wie Syrien, Irak oder Afghanistan

zurückgekehrt sind und anschließend sicherheitsrelevante Aktivitäten entfaltet haben.

Auch öffentlich zugängliche Erkenntnisse internationaler Sicherheitsbehörden enthalten keine Hinweise auf eine nennenswerte Zahl salomonischer Rückkehrer aus diesen Konfliktgebieten. Die große geografische Entfernung zu den zentralen Konfliktregionen des internationalen Dschihadismus sowie die nur sehr begrenzte internationale Vernetzung der salomonischen Bevölkerung reduzieren dieses Risiko zusätzlich.

Ebenso liegen keine behördlichen oder wissenschaftlichen Erkenntnisse über Reisebewegungen salomonischer Staatsangehöriger in bekannte Terrorkampfbereiche vor. Darüber hinaus existieren keine belastbaren Hinweise auf organisierte Rekrutierungsnetzwerke, etablierte Unterstützungsstrukturen, Ausbildungslager oder systematische Finanzierungsnetzwerke internationaler Terrororganisationen innerhalb des Landes.

Vor diesem Hintergrund ist die Bedrohung durch Rückkehrer aus Konfliktgebieten oder bereits radikalisierte Personen nach dem derzeitigen Erkenntnisstand als nicht belegt einzustufen.

Geopolitisch induzierte Risiken

Ein in den verfügbaren Quellen ausdrücklich genannter Risikofaktor betrifft die zunehmende sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen den Salomonen und der Volksrepublik China sowie die damit verbundenen Überwachungsmaßnahmen.

Das im Jahr 2025 eingeführte und nach öffentlichen Reaktionen wieder ausgesetzte Fengqiao-Pilotprogramm

sowie Berichte über die Erfassung von Fingerabdrücken und Haushaltsdaten durch chinesische Polizeikräfte haben nachweislich zu wachsendem Misstrauen gegenüber den staatlichen Sicherheitsbehörden geführt.

Dieses Misstrauen trifft auf bereits bestehende Vorbehalte gegenüber der Royal Solomon Islands Police Force (RSIPF), die ihren Ursprung in den Ereignissen der Tensions-Periode haben. Die aktuellen Entwicklungen könnten dieses ohnehin vorhandene Vertrauensdefizit innerhalb der Bevölkerung weiter verstärken.

Darüber hinaus weist die Nationale Risikobewertung zu Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung auf strukturelle Schwächen der salomonischen Sicherheitsarchitektur hin. Insbesondere die unzureichende Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden sowie Defizite beim Informationsaustausch erschweren eine frühzeitige Erkennung und wirksame Prävention sicherheitsrelevanter Bedrohungen. Diese institutionellen Schwächen stellen zwar keine unmittelbare Terrorismusbedrohung dar, können jedoch die Fähigkeit des Staates beeinträchtigen, potenzielle Risiken frühzeitig zu identifizieren und wirksam zu begegnen.

Trends und Entwicklungen

Der bedeutendste sicherheitsrelevante Vorfall der vergangenen Jahre auf den Salomonen waren die Unruhen im November 2021 in der Hauptstadt Honiara. Die Ausschreitungen umfassten Plünderungen, Brandstiftungen –

insbesondere im Stadtteil Chinatown – sowie Angriffe auf staatliche Einrichtungen. Trotz ihres erheblichen Ausmaßes handelte es sich nicht um terroristische Anschläge, sondern um ethnisch-politisch motivierte Gewaltereignisse.

Die Unruhen führten erstmals zur Aktivierung des Bilateral Security Treaty von 2017. In dessen Folge wurde die Solomon Islands International Assistance Force (SIAF) entsandt. An der Mission beteiligten sich mehr als 1.600 australische Einsatzkräfte sowie Kontingente aus Fidschi, Papua-Neuguinea und Neuseeland, die bis 2024 im Land verblieben. Der Einsatz verdeutlicht, dass die größte sicherheitspolitische Herausforderung der Salomonen weiterhin in politisch motivierter Massengewalt und innerstaatlicher Instabilität liegt und nicht im internationalen Terrorismus.

Ein weiterer sicherheitsrelevanter Vorfall ereignete sich im Juni 2026 mit der Abfangoperation gegen das unter belizianischer Flagge fahrende Frachtschiff MV WEALTH in der Provinz Renbel. Der Zugriff erfolgte nach monatelanger nachrichtendienstlicher Überwachung. Gegen das Schiff bestand der Verdacht des illegalen Tabaksmuggels, des Drogenhandels sowie weiterer maritimer Straftaten.

Die Besatzung bestand aus insgesamt 19 Personen aus China, Indonesien und den Philippinen. Aufgrund unvollständiger Besatzungslisten konnten jedoch nicht alle Personen zweifelsfrei identifiziert werden. Darüber hinaus verschwanden zwei mutmaßlich zugehörige Versorgungsschiffe, die nach bisherigen Erkenntnissen für den Transport illegaler Waren nach Fidschi, Papua-Neuguinea, Vanuatu und Australien genutzt worden sein könnten.

Dieser Vorfall verdeutlicht die zunehmende Besorgnis der regionalen Sicherheitsbehörden, dass transnationale kriminelle Netzwerke die weitläufigen Seegebiete des Pazifiks für Schmuggel und andere illegale Aktivitäten nutzen. Dadurch geraten insbesondere die Grenzsicherheit und die wirtschaftliche Stabilität kleiner Inselstaaten zunehmend unter Druck. Gleichzeitig unterstreicht die Operation die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit mit regionalen Partnern wie der Australian Border Force und der Pacific Islands Forum Fisheries Agency bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität.

Geopolitische Verschiebungen als Risikofaktor

Die diplomatische Annäherung der Salomonen an die Volksrepublik China seit dem Jahr 2019 sowie der Abschluss des bilateralen Sicherheitsabkommens im Jahr 2022 haben die geopolitische Position des Landes nachhaltig verändert. Diese Entwicklung wurde sowohl innerhalb der Pazifikregion als auch international mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und teilweise kritisch bewertet.

Im Juni 2026 kündigte Premierminister Matthew Wale an, das Sicherheitsabkommen mit China überprüfen zu lassen und gleichzeitig eine umfassende strategische Partnerschaft mit Australien auszuhandeln. Diese Ankündigung deutet auf eine mögliche Neuausrichtung der salomonischen Sicherheitspolitik sowie auf den Versuch hin, das außenpolitische Gleichgewicht zwischen den beiden wichtigsten Partnerstaaten wiederherzustellen.

Die parallele Präsenz australischer und chinesischer Sicherheitskräfte sowie unterschiedlicher Ausbildungs-, Ausrüstungs- und Kooperationsmodelle innerhalb der RSIPF

birgt jedoch Herausforderungen für die Kohärenz der nationalen Sicherheitsarchitektur. Unterschiedliche Einsatzkonzepte, technische Standards und Formen der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit können langfristig die Einheitlichkeit der Sicherheitsstrukturen beeinträchtigen.

Ein weiterer Aspekt betrifft den Ausbau der digitalen Infrastruktur durch Huawei. Der mit einem chinesischen Kredit in Höhe von 66 Millionen US-Dollar finanzierte Bau von 161 Mobilfunktürmen verbessert zwar die Telekommunikationsversorgung des Landes erheblich, schafft zugleich jedoch neue Abhängigkeiten sowie potenzielle Risiken im Bereich der Cybersicherheit, des Datenschutzes und der Kommunikationsüberwachung.

Darüber hinaus bleibt die wirksame Überwachung der weitläufigen Seegrenzen eine erhebliche Herausforderung. Aufgrund begrenzter personeller, technischer und finanzieller Ressourcen verfügen die salomonischen Sicherheitsbehörden bislang nur eingeschränkte Möglichkeiten, den maritimen Raum umfassend zu kontrollieren.

Rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen

Die zentrale gesetzliche Grundlage der Terrorismusbekämpfung bildet der Counter-Terrorism Act 2009. Das Gesetz definiert terroristische Handlungen und stellt unter anderem Terrorismusfinanzierung, Rekrutierung, Ausbildung, Mitgliedschaft, Unterstützung terroristischer Organisationen sowie weitere terrorismusbezogene Delikte unter Strafe. Darüber hinaus eröffnet es den Sicherheitsbehörden weitreichende Ermittlungsbefugnisse, darunter Festnahmen ohne Haftbefehl, Durchsuchungen,

Datenanordnungen sowie das Einfrieren von Vermögenswerten.

Für die innere Sicherheit ist die Royal Solomon Islands Police Force (RSIPF) verantwortlich. Sie übernimmt mangels eigener Streitkräfte sowohl klassische Polizeiaufgaben als auch weitergehende sicherheitsrelevante Funktionen und kann dabei durch ausländische Polizeikräfte unterstützt werden. Auf Grundlage bilateraler Vereinbarungen können Sicherheitskräfte aus China, Australien, Fidschi, Neuseeland und Papua-Neuguinea mit polizeilichen Befugnissen auf den Salomonen tätig werden.

Einen wesentlichen Beitrag zum institutionellen Wiederaufbau leistete die RAMSI-Mission, die neben der Entwaffnung bewaffneter Milizen den Wiederaufbau staatlicher Sicherheitsstrukturen sowie die Einrichtung der Financial Intelligence Unit (FIU) unterstützte. Diese Maßnahmen schufen wichtige Voraussetzungen für die Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung und organisierter Kriminalität.

An diese Entwicklung knüpft auch das im Jahr 2024 angekündigte australische Sicherheitspaket in Höhe von 190 Millionen australischen Dollar an, das den weiteren Ausbau der RSIPF über einen Zeitraum von zehn Jahren unterstützen soll.

Mit der Einführung der National Security Strategy 2025 wurde darüber hinaus ein umfassender strategischer Rahmen geschaffen, der neben Terrorismus auch Themen wie staatliche Souveränität, territoriale Integrität, Cyberbedrohungen, transnationale Kriminalität sowie klima- und entwicklungsbedingte Sicherheitsrisiken berücksichtigt. Die Strategie verdeutlicht damit, dass die größten

sicherheitspolitischen Herausforderungen der Salomonen gegenwärtig außerhalb des klassischen Terrorismus liegen.

Aus menschenrechtlicher Perspektive bestehen die größten Herausforderungen weiterhin in den begrenzten institutionellen Kapazitäten des Staates. Der Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums verweist insbesondere auf Korruption, lange Gerichtsverfahren sowie Defizite bei der Durchsetzung staatlicher Aufgaben. Hinzu kommt die wiederkehrende Abhängigkeit von ausländischen Sicherheitskräften bei größeren innerstaatlichen Krisen. Diese wirft Fragen hinsichtlich der staatlichen Souveränität, der Verhältnismäßigkeit sicherheitspolitischer Maßnahmen sowie der langfristigen Eigenständigkeit der nationalen Sicherheitsarchitektur auf. Gleichzeitig beeinflussen diese strukturellen Defizite auch die Fähigkeit des Staates, potenziellen terroristischen Bedrohungen präventiv zu begegnen, selbst wenn derzeit keine ausgeprägte Terrorismusgefahr besteht.

Veränderungen im Bedrohungsniveau und mögliche Szenarien

Nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand hat sich das Bedrohungsniveau durch organisierten Terrorismus auf den Salomonen seit dem Ende der Tensions-Periode strukturell nicht erhöht. Im Vergleich zur Situation zwischen 1998 und 2003 konnte die staatliche Stabilität deutlich verbessert werden. Dennoch bestehen weiterhin strukturelle Schwachstellen, die eine dauerhaft stabile Sicherheitslage nicht garantieren.

Hierzu zählen insbesondere die weiterhin bestehende Abhängigkeit von externer Sicherheitsunterstützung, das

Fehlen eines eigenständigen Inlandsgeheimdienstes und spezialisierter Anti-Terror-Einheiten, ungelöste sozioökonomische Ursachen innerstaatlicher Instabilität sowie die zunehmende geopolitische Konkurrenz zwischen Australien und China auf salomonischem Staatsgebiet.

Die Nationale Risikobewertung zu Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung von 2017 bewertet insbesondere das Risiko der Terrorismusfinanzierung aufgrund bestehender Schwachstellen im Non-Profit-Sektor sowie im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr als hoch bis mittel.

Auf Grundlage der verfügbaren Erkenntnisse lassen sich drei realistische Entwicklungsszenarien ableiten.

Das wahrscheinlichste Szenario ist eine Fortsetzung der gegenwärtigen Situation, in der politisch motivierte Unruhen und innere Instabilität die größte sicherheitspolitische Herausforderung darstellen, während das Terrorismusrisiko weiterhin niedrig bleibt.

Ein zweites Szenario besteht darin, dass Staatsschwäche, Korruption und transnationale organisierte Kriminalität langfristig Rahmenbedingungen schaffen, die eine Nutzung des salomonischen Staatsgebiets als Transit- oder Unterstützungsraum durch externe Akteure erleichtern könnten. Für ein solches Szenario liegen derzeit jedoch keine konkreten operativen Hinweise vor.

Ein drittes Szenario betrifft eine weitere Verschärfung der geopolitischen Rivalität zwischen China und Australien. Eine zunehmende Konkurrenz beider Staaten könnte die innenpolitische Stabilität belasten und die Kohärenz der nationalen Sicherheitsarchitektur beeinträchtigen. Die im Juni

2026 angekündigte Überprüfung des Sicherheitsabkommens mit China durch Premierminister Matthew Wale kann in diesem Zusammenhang als Versuch gewertet werden, einer solchen Entwicklung frühzeitig entgegenzuwirken.

Ein terroristischer Anschlag durch eine selbstradikalisierte Einzelperson erscheint gegenwärtig zwar wenig wahrscheinlich, kann jedoch nicht vollständig ausgeschlossen werden. Langfristige strukturelle Risikofaktoren wie Jugendarbeitslosigkeit und die zunehmende Bedeutung sozialer Medien könnten die Anfälligkeit für individuelle Radikalisierungsprozesse erhöhen.



TERRORISMUSBEDROHUNG

SALOMONEN



terrorismuswatch

